

# Datenschutzhinweise gemäß Artikel 12 bis 14 EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO)

## Im Zusammenhang mit der **Abgabe einer Verpflichtungserklärung** bei der Stadtverwaltung Bocholt

### Kontaktdaten

#### Angaben zum Verantwortlichen für die Datenverarbeitung

Stadtverwaltung Bocholt  
Der Bürgermeister  
Kaiser-Wilhelm-Str. 52-58  
46395 Bocholt  
Tel. +49 2871 953-0  
Fax. +49 2871 953-9530  
[stadtverwaltung@bocholt.de](mailto:stadtverwaltung@bocholt.de)

Fachbereich Öffentliche Ordnung  
Sachgebiet Ausländerbehörde  
E-Mail: [abh@bocholt.de](mailto:abh@bocholt.de)

#### Angaben zum Beauftragten für den Datenschutz

Die aktuellen Kontaktdaten zur Person des  
Datenschutzes bei der Stadtverwaltung Bocholt  
entnehmen Sie der [Datenschutzerklärung](#) unserer  
Webseite.

Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten unter E-  
Mail: [datenschutz@bocholt.de](mailto:datenschutz@bocholt.de)

### Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Ausländer, die in die Bundesrepublik Deutschland einreisen möchten und visumpflichtig sind, müssen nachweisen, dass sie die Kosten für die Reise und den Aufenthalt in Deutschland bezahlen können. In den Fällen, in denen der Eingeladene nicht in der Lage ist, seinen Aufenthalt mit eigenen Mitteln zu finanzieren, können Sie sich verpflichten, für alle aufgrund des Aufenthaltes des Ausländers in Deutschland entstehenden Kosten, einschließlich der Kosten für eventuelle Krankenbehandlung und Rückführung in das Heimatland, aufzukommen. In diesen Zusammenhang werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet.

Die Rechtsgrundlagen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt gemäß der Abgabe einer Verpflichtungserklärung, welche Sie zunächst freiwillig vornehmen (Artikel 6 Abs. 1 lit. a DSGVO). Anschließend erfolgt die Verarbeitung durch folgende Rechtsgrundlagen:

- Sicherung der gesetzlichen Haftungsansprüche aus §§ 66 ff. Aufenthaltsgesetz (AufenthG)
- §§ 66 – 68 , 70, sowie 86 AufenthG, § 69 Abs. 2 Nr. 2g Aufenthaltsverordnung (AufenthV)

## Ihre Verpflichtung zur Bereitstellung der Informationen

Wir benötigen Ihre personenbezogenen Daten, um unsere Aufgaben erfüllen zu können. Sofern wir die für unsere Aufgabenerfüllung erforderlichen Daten von Ihnen nicht erhalten, kann es dazu kommen, dass wir Ihr Anliegen nicht bearbeiten können.

## Herkunft der Daten

### 1. Datenerhebung bei Ihnen

In der Regel erfolgt die Datenerhebung durch Ihre Angaben und mittelbar durch eine Direkterhebung im Rahmen Ihrer Antragsstellung.

### 2. Datenerhebung bei anderen Stellen (Fremderhebung)

Darüber hinaus erheben wir Ihre personenbezogenen Daten bei Dritten, soweit diese gesetzlich zur Mitteilung an uns verpflichtet sind und wir die Daten zur Erfüllung unserer Aufgaben benötigen, sowie aus öffentlich zugänglichen Informationsquellen (z.B. öffentlichen Registern, Bekanntmachungen), insbesondere in den folgenden Kategorien:

Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden

- Verurteilung aufgrund einer Straftat nach § 95 Abs. 1 Nr. 2 oder 3 Abs. 1 a , § 96 oder 97 AufenthG, §§ 10 oder 11 Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz, §§ 232, 233, 233a oder 236 Abs. 2 Satz 3 des Strafgesetzbuches oder § 30a Abs. 1 oder Abs. 2 des Betäubungsmittelgesetzes wegen Ein- oder Ausfuhr von Betäubungsmitteln,
- Falschangaben als Antragsteller, Einlader, Verpflichtungsgeber oder Referenzperson im Visumverfahren oder Nichterfüllung einer Verpflichtung oder
- Erteilung einer Einwilligung für eine freiwillige Speicherung, weil der Verdacht besteht, dass unter ihrem Namen unbefugt Erklärungen im Rahmen des Visumverfahrens abgegeben wurde

Aus folgenden Quellen stammen die Daten  
Visawarndatei beim Bundesverwaltungsamt

Öffentlich zugänglich?  
NEIN

## Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Die personenbezogenen Daten werden von uns weitergegeben an sonstige in den §§ 86 bis 91g AufenthG genannte Stellen, sowie weitere öffentliche Stellen, soweit sich im weiteren Verfahren ergibt, dass eine Weiterleitung der personenbezogenen Daten nach den geltenden Rechtsvorschriften (v. a. §§ 66 bis 70 AufenthG) erforderlich und denen ein Erstattungsanspruch zusteht (§ 68 Abs. 4 AufenthG), z.B.

- Visawarndatei beim Bundesverwaltungsamt, bei Falschangaben oder Nichterfüllung der Verpflichtungserklärung (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 Visawarndateigesetz – VWDG)
- Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst, Bundeskriminalamt und Zollkriminalamt zur Prüfung von Sicherheitsbedenken (§ 73 Abs. 1 AufenthG)

Eine Übermittlung außerhalb der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraumes kann nicht ausgeschlossen sein.



### **Dauer der Speicherung bzw. Kriterien zur Festlegung dieser Dauer**

Die Dauer der Speicherung von personenbezogenen Daten richtet sich nach den jeweiligen gesetzlichen Aufbewahrungs- und Löschrufen. Ihre personenbezogenen Daten werden von uns nur so lange gespeichert, wie sie für die Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben bzw. zur Bearbeitung Ihres Anliegens erforderlich sind. Nach Ablauf der Frist werden die entsprechenden Daten routinemäßig gelöscht. In der Regel beträgt die Löschrufen 5 Jahre nach Abschluss des Verfahrens (gemäß § 68 Abs. 1 Satz 1 AufenthG bzw. § 68a AufenthG, § 70 Absatz 1 AufenthG).

### **Ihre Rechte**

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) insbesondere folgende Rechte:

Auskunftsrecht: Sie können Auskunft darüber verlangen, ob wir personenbezogene Daten von Ihnen verarbeiten. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten sowie auf weitere mit der Verarbeitung zusammenhängende Informationen (Artikel 15 DSGVO). Bitte beachten Sie, dass dieses Auskunftsrecht in bestimmten Fällen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein kann (§ 48 Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen).

Recht auf Datenberichtigung: Für den Fall, dass personenbezogene Daten über Sie nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sind, können Sie eine Berichtigung und gegebenenfalls Vervollständigung dieser Daten verlangen (Artikel 16 DSGVO).

Recht auf Löschung, Recht auf Einschränkung: Bei Vorliegen gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten (Artikel 17 DSGVO) oder die Einschränkung der Verarbeitung dieser Daten (Artikel 18 DSGVO) verlangen. Das Recht auf Löschung nach Artikel 17 Absatz 1 und 2 DSGVO besteht jedoch unter anderem dann nicht, wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten gesetzlich noch erforderlich ist, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt.

Recht auf Datenübertragbarkeit: Artikel 20 DSGVO regelt Ihr Recht auf Datenübertragbarkeit. Findet eine Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren statt, können Sie ggf. verlangen, dass wir Ihre personenbezogenen Daten in maschinenlesbarer Form zur Verfügung stellen oder die Daten direkt an die in Artikel 20 DSGVO genannten, von Ihnen auszuwählenden Personen übermitteln.

Widerspruchsrecht: Sie können gegen bestimmte Datenverarbeitungen widersprechen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, oder keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DSGVO).

Widerrufsrecht bei Einwilligungen: Sie haben das Recht bei Verarbeitungen welche sich auf Ihre Einwilligung gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO beruht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft; das heißt, durch den Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitungen nicht berührt. Sollte der Widerruf nach Ausdruck der Verpflichtungserklärung erfolgen, beachten Sie bitte, dass trotzdem die entsprechende Gebühr fällig wird. In diesem Fall erfolgt dann keine weitere Verarbeitung mehr, die Verpflichtungserklärung kann nicht mehr ausgehändigt werden. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Beschwerderecht: Sie haben das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde im Sinn des Artikels 51 DSGVO über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu beschweren, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.



Kontakt Daten der Aufsichtsbehörde:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen,  
Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf  
Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf  
Tel.: 0211 38424-0  
Fax-Nr.: 0211 38424-10,  
E-Mail: [poststelle@ldi.nrw.de](mailto:poststelle@ldi.nrw.de)

### **Profiling**

Die Stadtverwaltung Bocholt setzt für dieses Verfahren kein Profiling ein.

### **Änderung des Verarbeitungszwecks**

Die Verwendung Ihrer personenbezogenen Daten zu anderen Zwecken als dem ursprünglichen Erhebungszweck ist nur im Rahmen der oben unter der Information „Zweck und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung“ Zwecke zulässig und nur wenn und soweit der neue Verarbeitungszweck mit dem ursprünglichen Zweck der Erhebung kompatibel ist.